

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Seitendruck Nr. 58.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Seitendruck Nr. 58

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beigabe des St. Quirinusblattes. Preis für den Monat durch Post in's Haus gebracht Mk. 6.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 3511 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem künftigen Festpreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gepaltene Seite 1.50 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.75 Mark, und für die 4 gepaltene Reklameseite 5.00 Mark. Anzeigen werden bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 263

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Dienstag, 15. November 1921 (Leopold)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Die Deutschen Werte.

Berlin, 14. Nov. Die Vertreter des Reichsrates des Reiches Spandau der Deutschen Werte, A.-G., verhandeln heute im Auftrag der deutschen Arbeiterpartei mit General Koffet in Anwesenheit des Generals Bingham. Die Vertreter der Arbeiterpartei liegen keinen Zweifel darüber, daß diese auf der Erfüllung der Forderungen bestehen würde. General Koffet verspricht, die von den Arbeitnehmervertretern vorgebrachten Gründe der Wertschöpfungskonferenz zu übermitteln, da er die Gründe für die Aufhebung der Noten durchaus würdige.

Berlin, 15. Nov. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, ist die Note der deutschen Regierung in der Angelegenheit der deutschen Werte am Sonntag dem General Koffet in Berlin und durch den deutschen Wertschöpfer in Paris gestern der Wertschöpfungskonferenz überreicht worden. Die Note wird heute veröffentlicht werden.

Der zuverlässigste Kontrollen.

Berlin, 15. Nov. Den Werten zufolge, staltete gestern die Berliner Wertschöpfungskonferenz den deutschen Werten in Spandau einen Besuch ab, um sich davon zu überzeugen, was dort hergekehrt wird. Nach einem Rundgang erklärten sich die Wertschöpfungskonferenz reiflos für die Forderungen der Arbeiterpartei, die sie mit allem Nachdruck vertreten wollte. Auch der Kommunist Malzahn hat gestern die Werte besucht.

Die „Freiheit“ veröffentlicht eine Erklärung des Kommunisten Malzahn, die besagt, daß seine Abweisung im Reichstage über die Herstellung von Waffen in den Betrieben der deutschen Werte vom Zentralbetriebsrat in Spandau nicht durchgeführt worden sei. Er habe nicht positiv behauptet, daß in den Spandauer Werken Kriegsmaterial hergestellt werde. Er nehme an, daß die Mitglieder des Zentralbetriebsrates das Opfer einer falschen Berichterstattung geworden seien.

Die Denunzianten.

Dresden, 14. Nov. Auf Grund einer Denunziation verlangte der hiesige Bundesrat, in die Wertschöpfungskonferenz in Spandau einzutreten und dort die Wertschöpfungskonferenz zu besuchen, um nach zu sehen, ob die Wertschöpfungskonferenz nach dem Schluß der Arbeit in das Werk eintrifft, um nach zu sehen, ob die Wertschöpfungskonferenz nach dem Schluß der Arbeit in das Werk eintrifft, um nach zu sehen, ob die Wertschöpfungskonferenz nach dem Schluß der Arbeit in das Werk eintrifft.

Wieder eine Fabrik-Explosion.

Wiesbaden, 15. Nov. Gestern nachmittag ist die Delfabriz Fauch in Dohheim explodiert. Das vierstöckige Fabrikgebäude ist völlig eingestürzt. Bisher sind sechs Tote geborgen. Die Explosion erfolgte im Kellerraum, der mit 30 000 Liter Benzin gefüllt war. Nachbargebäude wurden ebenfalls stark beschädigt. Nach der Explosion brannten die gesamten Gebäude. Der Schaden geht in die Millionen. Die Ursache des Unglücks ist noch unbekannt.

400 Millionen für Oppan.

Audwigshafen, 14. Nov. Wie verlautet, ergaben die für die Hilfsaktion für Oppan eingeleiteten Sammlungen bisher einen Gesamtbetrag von 400 Millionen Mark.

Die Brüsseler Gefandtschaft.

Berlin, 14. Nov. Die AG meldet: In der Presse tritt die Meldung von dem Rücktritt des deutschen Gefandten in Brüssel, Landsberg, auf. Dem Auswärtigen Amt ist von dem Rücktritt nichts bekannt.

Zu der Nachricht von dem demnächstigen Abgang Dr. Landsbergs, dessen Nachfolger wahrscheinlich Graf Oberndorf sein würde, sagt der „Soir“ bemerkenswerter Weise: Landsberg ist Reichssozialist. Oberndorf bekennt sich zum alten Regime. Landsbergs Verhalten trug ein Gepräge des demütigen Schuldewußtseins, von Oberndorf wird dieses niemals zu erwarten sein. Seine Ernennung ist der beste Beweis einer Erhaltung der Rechtspartei.

Die sächsischen Gemeindevahlen.

Wie die Blätter aus Dresden melden, ist in einer großen Anzahl sächsischer Gemeinden und Städte bei den Wahlen zu den Gemeindevereinigungen die sozialistische Mehrheit gebrochen worden.

Dresden, 14. Nov. Bei den Stadtverordnetenwahlen erhielt die bürgerliche Einheitsliste 35, die Liste der Beamten 29, die Angehörigenliste 1, die Sozialdemokraten 8 und die Kommunisten 4 Sitze. (Bisher 11 Rechte, 15 der freien Gruppen, 15 Demokraten, 38 Sozialdemokraten und 4 Unabhängige.)

Wuppertal, 14. Nov. Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen entfielen auf die Sozialdemokratie 6, Unabhängigen 24, wirtschaftliche Liste 28, Demokraten 6, Kommunisten 7. Die Wahlbeteiligung betrug 80 Prozent.

Schwerin, 14. Nov. Nach den Stadtverordnetenwahlen verteilten sich hier die Sitze wie folgt: Bürgerliche Einheitsliste 28, Demokraten 4, Sozialdemokraten 15, Unabhängige 1, Kommunisten 2.

Die Besetzung Westungarns.

Wien, 14. Nov. Amlich wird gemeldet, daß die Bundesstruppen heute die vorgeschriebene Marschlinie ohne Störung erreicht haben.

Rabattstärkung in Ungarn.

Budapest, 14. Nov. Ministerpräsident Graf Tisza gab dem Reichsminister der Demission der Regierung bekannt. Der Reichsminister bezieht sich die Entscheidung vor und ersucht die Regierung, die Gesetze weiter zu führen.

Grieche mit Amerika.

Washington, 14. Nov. Präsident Harding hat heute nachmittag 4 Uhr die Proklamation unterzeichnet, in der der Friede zwischen Amerika und Deutschland erklärt wird.

Washington.

Nicht öffentlich.

Washington, 14. Nov. Morgen erwartet man die Stellungnahme Englands und Japans zu dem Abrüstungsplan. Heute hat sich die erste Kommission für die Verhandlungen der Verhandlungen gebildet, prüfte das Programm Hughes' und beriet über das einschlägige Ver-

fahren bei der Behandlung der Abrüstungsfragen. In gleicher Weise ging man am Nachmittag in der Frage des ferneren Offens vor. Grundsätzlich sollen die Sitzungen öffentlich sein. Tatsächlich werden aber die Sitzungen geheim sein. Glaubt aber die Abordnung irgend eines Landes, daß die Öffentlichkeit ihre Ausführungen kennen lernen soll, so wird sie das Recht haben, die Öffentlichkeit dieser Sitzung zu beantragen.

Frankreichs Sorgen.

Paris, 14. Nov. Dem „Echo de Paris“ wird aus New York telegraphiert: Die Annahme des Hughes'schen Programms könne England von jeder ernstlichen Entente mit Frankreich entfernen. Hatten nicht gewisse Angelegenheiten vor, in Washington die Frage der Reparationen und der Besetzung des Rheinlandes mit einer imperativen Erklärung zu regeln? Nach ein drittes unangenehmes Symptom erblickt das „Echo de Paris“ in dem Verschwinden der französischen Sprache.

Japan hat Gegenentwürfe.

Paris, 14. Nov. Der Sonderberichterstatter des „New York Herald“ in Washington teilt seinem Blatt u. a. mit: Von englischer Seite sei die Annahme gekommen, die maritime Frage eine Frage lang zurückzustellen.

Von der Haltung der japanischen Delegation sagt der Berichterstatter, die Sachverständigen liegen hinsichtlich, daß ihre Gegenentwürfe bedeutend von den Vorschlägen Hughes' abweichen würden. Admiral Kato habe als Sprecher der Japaner die Vorschläge Hughes' begrüßt, sich aber bereit zu erklären, daß nach dem vorläufigen Eindruck nicht auf die Politik der japanischen Regierung geschloffen werden dürfe. Der Berichterstatter weist auf die Annahme hin, daß die japanische Oppositionsführer im Parlament nicht zuzustimmen, der sich nicht als Mitglied der Delegation, sondern als Beobachter im Auftrag seiner Partei in Washington aufhalte, ein Umstand, der die Unmöglichkeit zwischen den politischen Parteien Japans ins rechte

Ursachen und Wirkungen.

Aus Berlin erhält die Wiener Volkszeitung, den folgenden Artikel, dem Material zugrunde liegt, das als Vorstudie einander gegenübergestellt werden muß. Gerade gegenwärtig, in der Zeit des Marksturzes, erscheinen die folgenden Ausführungen besonders wichtig.

Der gewalttätige Marksturz, der in den letzten Tagen als neuartiges Ereignis im deutschen Wirtschaftsleben zu verzeichnen ist, wird vielfach falsch gedeutet. Gerade die Kreise, die der Regierungspolitik stets abgeneigt sind, stellen die Marksturz so dar, als ob er das Resultat einer eigenartigen, aber auch gefährlichen Politik der Regierung selbst wäre. Wiederholt hört man und in vielen Zeitungen liest man, daß die deutsche Regierung diese schlechte Saluta der Mark in der Politik verbeiführe, die Wiedergutmachungsleistungen, die der Friedensvertrag uns auferlegt hat, so umgehen zu können.

Falschen Darstellungen soll man jederzeit sofort entgegenstellen. Es muß deshalb auch heute schon ausdrücklich erklärt werden, daß es sich um eine freie Kombination und um eine gewissenlose Verleumdung handelt. Wir sind in der Lage, aufs bestimmteste zu erklären, daß die Regierung nicht nur keinerlei Schuld trägt an dieser bedauerlichen Entwertung der Mark, sondern, daß sie auch im Interesse der deutschen Wirtschaft alles unternommen hat, um eine Katastrophe rechtzeitig vorzubeugen. Das Problem des steigenden Dollars und der sinkenden Mark kann keinesfalls der gegenwärtigen Regierung in die Schuhe geschoben werden.

Es handelt sich vielmehr um ein langwährendes Gegenenspiel von Ursachen und Wirkungen, die zu beeinflussen gar nicht im Arbeitsrahmen der gegenwärtigen, noch der vergangenen Regierung liegt oder lag. Unzweifelhaft ist der Marksturz keine selbständige Bewegung. Er ist hervorgerufen durch das stetige Steigen des Dollars. Und der Dollar steigt aus einem sehr einfachen Grunde. Die Vereinigten Staaten waren während der Kriegszeit und in der Nachkriegszeit die Geldrente der Welt. Frankreich und England legten ihre Anleihen in den Vereinigten Staaten auf. Sie erzielen dadurch vor allem das hervorragende Interesse dieser Kriegsmacht am Ausgang des Weltkrieges. Sie wurden damit der Großbankmann der Entente. Nun ist in einigen Tagen eine Finanzkonferenz nach Washington zusammenberufen. Sicherlich wird bei dieser Konferenz die Frage sämtlicher Kriegsschulden eine beachtenswerte Rolle spielen. Es kann sein, daß man die Kriegsschulden der Alliierten in irgendeiner Form mildert. Wenn das geschieht, so würde dadurch unmittelbar der Markwert der deutschen Mark steigen können, wenn die

europäischen alliierten Mächte aus einer Entloftung, die ihnen zuteil werden würde, auch die Forderung abgeben, ihren Schulden mit der zu befehlen.

Diese nur schwach begründete Forderung ist aber umwandelbar als politisches Kalkül in die Berechnung einzufließen. Nachdrücklich Erwägung muß vielmehr auch mit der Möglichkeit rechnen, daß die Mächte, die gegen Deutschland Sanktionen beschloffen haben, auch in diesem Falle nichts zugunsten Deutschlands tun werden. Trifft diese Befürchtung in den kommenden Wochen als Tatsache in die Erscheinung, so ist es ein ganzes Hundert zu denken, daß die oppositionelle Presse es sich versagen würde, der Regierung hieraus einen Vorwurf zu machen. Wir tun deshalb gut daran, schon in einem wesentlichen früheren Zeitpunkt die Öffentlichkeit auf dieses Gefährdungsgeheimnis hinzuweisen und den Zusammenhang aufzuklären.

Sicherlich hat die Entscheidung über die Oberbefehlshaber der deutschen Mark nach oben nicht gefördert. Das Ultimatum, welches im Mai dieses Jahres dem deutschen Reich vorgelegt worden ist, hat auch nicht vermocht, der deutschen Mark eine Aufwärtsbewegung zuteil werden zu lassen. Aber diese beiden Wahrheiten sind sich wohl alle Parteien in einem klaren Sinne klar geworden. Hat man denn vergessen, daß Ultimatum und Oberbefehlshaber nur Wirkungen aus dem Friedensvertrag sind? Man gebe uns doch das Rezept an, das es uns ermöglicht, den Friedensvertrag und seine Wirkungen aufzuheben? Wenn wir dieses Mittels haben, sind wir gern bereit, es anzuwenden, um dadurch aus einer Krisenwirtschaft herauszukommen zur Gesundung der deutschen Wirtschaft.

Hochmännliche Bankkreise weisen aber auch stets darauf hin, daß das deutsche Publikum selbst mit erschütterlicher Energie am Zusammenbruch der Mark arbeitet, weil jeder trotz der Not des Vaterlandes, auch die geringsten Erparnisse in ausländischen Devisen anlegen will. Es ist begreiflich, wenn das Ausland, wie das schon geschehen ist, den verzweifeltsten Ruf der deutschen Bevölkerung den nackten Hinweis darauf entgegenstellt, daß man in Deutschland ja selbst aus einem niedrigen Kurs der Mark Vorteile ziehen möchte. Besonders gefährlich findet natürlich nicht die kleinen Sparers, denen die deutschen Banken selbst schon die Spekulationswut durch ihre Maßnahmen etwas eingedämmt haben, sondern die großen Spekulanten, die in kürzester Zeit Riesenvermögen verdienen wollen und dabei gewissenlos sind, die Not des Vaterlandes auszunutzen.

Es ist noch gerechtfertigt, bei einem solchen klaren Gegenstand von Ursachen und Wirkungen der Regierung eine Schuld vorzuerwerfen?

Nicht rückt. Motivierturklärte, Japan könne die Vorschläge Hughes' nicht annehmen, wenn nicht gleichzeitig die Besetzungen im Stillen Ocean aufgegeben würden.

Amerikanische Meinung.

New York, 14. Nov. Senator Borah hielt in einer Massenversammlung zu Gunsten der Abrüstung eine Rede, in der er erklärte, der von Hughes gemachte Vorschlag über die Abrüstung gehe nicht weit genug.

New York Times melden aus Washington, daß kein einziger Senator dem Hughes'schen Abrüstungsvorschlag widerprochen habe. Hughes habe mit Briand eine Unterredung gehabt, in der wahrscheinlich die Beschränkung der Abrüstungen berührt worden sei. Briand habe später erklärt, er sei sehr befriedigt von der Haltung, die Amerika zu der Forderung Frankreichs einnehme, daß die Frage der Einschränkung der Abrüstungen besonderer Erwägung bedürfe.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ meldet, die Ablehnung des amerikanischen Abrüstungsvorschlages durch eine der beiden Nationen, an die er gerichtet ist, würde ebenso sicher den Krieg bedeuten, wie die Annahme des Vorschlages, die Einleitung einer neuen Ära der Hoffnung sein würde. Der Berichterstatter ist der Ansicht, daß die Frage, ob der amerikanische Plan angenommen werde, nicht in Washington, sondern in London und Tokio beantwortet werde.

Gegen den Schmutz und Schand.

Die Woge, Kamm und Genossen (Dn. Wp.) haben im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Am 15. April 1920 beschloß die Reichstagskommission Deutsche Nationalversammlung von der Reichsregierung die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs zur Bekämpfung der Schmutz- und Schandliteratur, sowie eines Gesetzes zum Schutze der Jugend vor öffentlichen Schaulustigkeiten und Darbietungen gemäß Art. 118, 2 der Reichsverfassung zu fordern; sie ersucht weiter die Reichsregierung,

mit den Ländern in Verbindung zu treten, damit der vorhandene Schutz gegen unzüchtige und verwerfliche Schaulustigkeiten auf Schaulustigkeiten, Zirkus usw. zur Geltung kommen.

mit den Ländern in Verbindung zu treten, damit der vorhandene gesetzliche Schutz gegen unzüchtige und verwerfliche Schaulustigkeiten auf Schaulustigkeiten, Zirkus usw. zur Geltung kommen.

Die Zustände sind seitdem nicht besser, sondern ärger geworden, wie die erste Presse aus allen Ecken nachdrücklich anzeigt, auch gibt es die Fortsetzung des Schmutz- und Schandliteratur, sowie eines Gesetzes zum Schutze der Jugend vor öffentlichen Schaulustigkeiten und Darbietungen gemäß Art. 118, 2 der Reichsverfassung zu fordern; sie ersucht weiter die Reichsregierung,

Ordensjubiläen.

Aöln, 14. Nov. Eine seltene Feier konnten die Schwestern von der Regel des hl. Augustinus feiern in ihrem Mutterhaus an der Severinsstraße begehnen: das goldene Ordensjubiläum der vier Schwestern Engelberta, Wenzelia, Columba und Gertrud. Morgens 7 Uhr feierte aus diesem Anlaß Herr Kardinal und Erzbischof Dr. Schulte in der feierlich geschmückten Klosterkapelle die hl. Messe, der zahlreich Schwestern und Anwesenden der Anbeterinnen beizutreten. Nach Beendigung der hl. Messe hielt Sr. Eminenz eine Ansprache an die Schwestern. An die feierliche Feier, die bei allen Teilnehmern einen tiefen Eindruck hinterließ, schloß eine Begrüßungsfeier, bei der u. a. Sr. Eminenz den Schwestern für ihre opferwillige Tätigkeit im Dienste der Kranken und Armen dank nachsagte. Begegneter Prof. Dr. Krautwig erinnerte an die großen Dienste, die die Schwestern seit vielen Jahrzehnten, insbesondere bei den großen Epidemien der Stadt geleistet hätten, und die von allen, ohne Unterschied der Parteien, Anerkennung gefunden hätten und auch heute finden. Stadt. August glaubte sich zum Schluß der Würde der Stadt machen zu dürfen, indem er in deren Namen den verdienten Dank in herzlichsten Worten spendete. Von den Anbeterinnen sind drei im Bürgerhospital tätig, eine widmet ihre Dienste den Geistkranken im Kloster Hohen bei Pöpping. Einer fünften Anbeterin, die seit längerer Zeit krank darniederliegt, war es infolge ihres leiblichen Zustandes nicht vergönnt, an der Feier teilzunehmen.

Ein Fund.

Rheinberg, 14. Nov. Einen interessanten Fund machten Arbeiter des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes, die bei Rheinberg Weiler für die 100 000 Volt-Leitung einbauen, die vom Hohenbergwerk aus die Versorgung des Bergischen Landes mit Elektrizität besser als bisher gewährleisten soll. Hier wurde ein Schiffschloß gefunden, das in seiner Länge 10 Meter und in seiner Breite 4 Meter maß und aus Eisenblech mit einem Durchmesser von 10 cm gefertigt ist, also aus einer Zeit stammt, in welcher die Dampfmaschine noch nicht bekannt war. Die Ausgrabungsarbeiten an dieser Stelle sind vorläufig eingestellt worden, um Schatzgräbern die Befestigung des Fundes zu ermöglichen. Der Fund zeigt wieder, daß sich das Schicksal des Rheins gegen früher wesentlich verlagert hat.

Gedenkt der Oppan-Kirchenamung! Spenden nimmt an die Geschäftsstelle der Neuß-Grevbr. Ztg.

Politische Rundschau.

Nun haben wir also glücklich in Preußen die große Koalition von Stresemann bis Scheidemann. Es war wahrhaftig keine leichte Geburt und die bittere Not allein hat endlich dasjenige zugebracht, was eigentlich lange hätte sein müssen. Mit großem Appetit ist eigentlich niemand an dieses neue Eintopfgemisch herangegangen, aber es muß schließlich allen munden. Auch darüber dürfen wir uns nicht hinwegtäuschen, daß es noch recht viele Schwierigkeiten geben kann und wird, aber wenn der gute Wille standhält, so wird man dieselben Herr werden und je länger man zusammenarbeitet, um so mehr wird man sich aneinander gewöhnen und umso besser wird es auf die Dauer gehen. Der abgetretene Ministerpräsident Steyerwald hat in seiner Abschiedsrede einige sehr richtige Bemerkungen gemacht, die wir politisch sehr richtig finden. Wir sind sehr froh, daß er sein Amt mit so großer Würde und so großer Verantwortung verlassen hat. Wir hoffen, daß er in seiner neuen Tätigkeit als Reichstagspräsident seine großen Fähigkeiten und seine große Erfahrung zum Nutzen der Nation einsetzen wird.

Man hat wohl jetzt allgemein erkannt, daß wir Preußen keine Freunde haben, auch wenn sie uns gute Worte sagen. Schließlich sind unsere Interessen doch nur Ausbeute für den Vorteil anderer. Nur die eigene innere Kraft und Einheit kann uns die nötige Festigkeit geben, mit der wir operieren und auch einmal energig sein können. Die politischen Parteien haben uns nicht, man weiß sie mit Hohlreden in den Papierkorb und konstatiert daraus schließlich noch „böse Willen.“ Wenn man, wie es sich jetzt zeigt, alles tut, um die Sieger zu befriedigen, so muß man auch für sich die Achtung des guten Willens verlangen und ein Absehen von direkten Unmündigkeiten. Dazu aber ist man zum mindesten in Frankreich nicht bereit. Das zeigt uns jeder Tag. Sogar das Unglück des katastrophalen Zusammenbruchs unserer Währung hat die Welt in einen Hohn verwandelt, weil man noch zu neuen Repressalien ausreißt, indem man unterstellt, es liege darin die Absicht, uns an den Wiedergutmachungen systematisch vorbei zu drücken. Wer das Gerede, welches diese Bewegung in unserer Volkswirtschaft hervorgerufen hat, nur in etwa kennt, der muß doch annehmen, daß man zu solchen Vorgehensweisen greifen kann, wenn man jeden Funken Vernunft eingebüßt hat. Das hier ein unverfälschtes Beispiel vorliegt, an dem jeder ein inländisches Beispiel sieht, ist klar. Es gibt eben Leute, denen die Not des Vaterlandes völlig gleich ist, wenn sie nur einige schätzbare Papiere in ihren Taschen sehen können. Daß die Regierung aus diesen Tritten selbst fersicht, beweist das neue Diktatgesetz, nach welchem in Zukunft alle diese Wirtschaftskräfte den Finanzämtern angehängt werden müssen. Erstmal einmal diese Vorkriegsregeln wiederherstellen, so werden die meisten wohl die Finger davon lassen. Heute stehen wir ja einer unüberwindlichen Situation gegenüber, die sich bis in die kleinsten Verstecke und die tiefsten Winkel fortplant. Wäre man derselben früher energig zu Leibe gegangen, so würden wohl unsere Wäpfe nicht diese tödliche Falltür erlitten haben. Hoffentlich greift man nun aber auch energig zu, es handelt sich doch um einen unüberwindlichen Wunden an unserem ohnehin so schmalen Volkservermögen. So lange predigen wir nun schon von allen Seiten, daß nur eiserne Arbeit uns retten und wieder hochbringen kann, eine solche Spekulation, die von ganz unweisen Bürgern oder von Leuten betrieben wird, die von Bankrotten nichts kennen, ist wirklich eine aufbauende Arbeit.

Die politische Entwicklung in Preußen wird naturgemäß in kurzer Zeit auch die gleichen Folgen im Deutschen Reich zeitigen müssen, wo die Deutsche Volkspartei einweisen von der Regierung ausgeschlossen ist. Es wäre aber verkehrt, auch hier eine Unterstützung herbeizuführen, wie die Demokraten es in Preußen gemacht haben. Unsere auswärtige Lage vermag das einfach nicht, man kann ja auch so gemeinsame Wege gehen und den rechten Zeitpunkt erwarten, um in aller Ruhe die Umbildung des Ministeriums zu vollziehen. Dazu gehört in erster Linie auch eine Einigung in den Steuerfragen, mit deren ersten Beratung sich augenblicklich der Reichstag beschäftigt. Vielleicht ergeben diese Verhandlungen den rechten Boden, auf dem sich das neue Kabinett aufbauen kann. In Anbetracht der Lage hat sich die Koalitionserbreiterung vollzogen, indem die Sozialdemokratie jetzt in die Regierung eingetreten ist. Ob ein gleiches Resultat in Baden zu erwarten ist, wo die Deutsche Volkspartei die gleiche Mandatsziffer wie die Demokraten haben, erscheint uns vorab noch recht fraglich.

Das badische Zentrum hat in diesen Tagen einen schweren Verlust erlitten, indem sein langjähriger Führer geistlicher Rat Wacker „der Zähringer Löwe“ wie er allgemein genannt wurde, plötzlich starb. Stand er auch schon seit längerer Zeit dem parlamentarischen Leben fern, so war sein Wirken und sein Einfluß im Innern der Partei doch immer noch sehr groß. Auch den letzten Wahlkampf zum badischen Landtag leitete er noch mit starker Hand. Die Parteifreunde in ganz Deutschland werden diesen energischen und opferfreudigen Mann sehr vermissen. Sein Wirken wird stets in treuem Gedächtnis bleiben. Fast gleichzeitig ging im Dominikanerkloster zu Köln hochbetagter Mann zur ewigen Ruhe ein, der im katholischen Leben Deutschlands eine große Rolle gespielt hat. Fürst zu Salm-Reifferscheid-König als höchster Berater Papstmonarchen, nachdem er Jahre lang von der Welt in die Stille der Klosterzelle zurückgezogen hatte, Jahrzehnte lang war er ständiger Kommissar der deutschen Katholikerversammlungen und an allen den Sorgen, den Kämpfen und den Kämpfen der großen Welt getragen, hat er seinen guten Willen. Politisch trat er weniger hervor, er war keine Kampfnatur und die Wege, welche die Politik in den letzten Jahrzehnten ging, waren ihm wohl auch nicht sympathisch. Das katholische Volk wird den Mann, dem es so vieles verdankt, nicht vergessen.

Die Abrechnungskongressen in Washington ist zusammengetreten und der Mann, der am meisten redete und sich reden macht, ist der französische Ministerpräsident Briand. Er hat schließlich etwas zu sagen haben, steht auf einem anderen Blatt, wenn er sich auch einfließen gelassen, als ob der Diktator der ganzen Welt wäre. Vor allen Verhandlungen stellt er seine Bedingungen, denen sich die anderen einfach fügen sollen. Den Schwerpunkt legt er darin naturgemäß nach Deutschland. Für ihn gibt es keine Abrüstung der Landmacht, denn die braucht er energig gegenüber der deutschen Gefahr. Kann denn ein Volk noch ohnmächtig gemacht werden, als wir es schon sind? Nur die letzte Verweigerung könnte uns doch noch zu irgend einer Katastrophe treiben. Es steht jeder gute Wille, jede Einsicht und deshalb wird die Abrüstungskongressen vergeblich ausgehen, wie das Hornberger Schießen, es sei denn, daß nicht noch eine Quelle neuer Verwicklungen dadurch geschaffen wird. Der englische Politiker hatte nicht unrecht, als er sagte, die Washingtoner Konferenz komme ihm vor, wie ein Rauchfahnen im Putzmagazin.

und Sozialministerien erstattet. Eine weitere Besprechung ist für Februar 1922 in Aussicht genommen.

Die Eisenbahner gegen die Entstaatlichung der Reichsbahnen.
Berlin, 10. Nov. Heute waren Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten und Arbeiter, sowie des Hauptbeamtenrats und Hauptbetriebsrats der Reichsbahnen zusammengetreten, um mit dem Verkehrsminister die Frage der Entstaatlichung einer Entlastung der Reichsbahnen zu erörtern.

Das Ausland und der Markkurs.
London, 13. Nov. Ein Sonderberichterstatter des Observer berichtet aus Paris, der letzte Sturz der deutschen Mark habe endlich Frankreich die Wirtschaft vor Augen geführt. Ein finanzieller Zusammenbruch würde, wie die französischen Kreise jetzt einsehen, das Wiesbadener Abkommen gefährden. Leider sei nicht daran zu zweifeln, daß Frankreich außerordentlich erleichtert sein würde, wenn es sich einer Zahlungsmittelentwertung Deutschlands gegenüber gestellt sehe. Der Berichterstatter schreibt, es sei die große Pflicht der Washingtoner Konferenz oder irgend einer anderen Konferenz so schnell wie möglich die gesamten Fragen der Schuld der wirtschaftlichen Entwicklung zu erörtern.

Interessante Zahlen.
Paris, 10. Nov. In der Lanterne wird folgende Betrachtung über die Kosten der Rheinarmee angestellt, die mit 400 Millionen Franken in das Budget für 1922 eingelegt sind:
90.424 Offiziere und Soldaten hatten die Macht an Rhein, die zahlenmäßig folgendermaßen verteilt sind: 33 Generale, 610 Offiziere höheren Grades, 2822 Offiziere geringeren Grades, 7391 Unteroffiziere, 10.850 Korporale und Gefreite, 68.678 Soldaten, das heißt: für 86959 Mann sind nicht weniger als 3465 Offiziere nötig, ein Offizier für 25 Unteroffiziere, Korporale und Soldaten. Dieses Verhältnis erscheint bereits als übertrieben. Es wird aber zu einem Mißbrauch, wenn man die höheren Chargen allein betrachtet. 33 Generale für eine Befehlshaberarmee — 9 Divisionen, 21 Brigadegenerale, ein Generalintendant, ein Generalarzt, ein Militärinstand.

Die Sozialversicherung.
Berlin, 12. Nov. Die Besprechung mit den Arbeits- und Sozialministern der Länder, die am 11. November im Reichsversicherungsministerium begonnen hat, wurde am 12. November fortgesetzt. Eingehend erörtert wurde die Frage der Verbindung der Sozialversicherung mit der sozialen Fürsorge unter Hinweis auf den Stand der Angelegenheit in anderen Kulturländern. Sodann wurden Mitteilungen über eine Reihe sonstiger wichtiger Fragen aus dem Geschäftsbereich der Arbeits-

und Sozialministerien erstattet. Eine weitere Besprechung ist für Februar 1922 in Aussicht genommen.

Die Eisenbahner gegen die Entstaatlichung der Reichsbahnen.
Berlin, 10. Nov. Heute waren Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten und Arbeiter, sowie des Hauptbeamtenrats und Hauptbetriebsrats der Reichsbahnen zusammengetreten, um mit dem Verkehrsminister die Frage der Entstaatlichung einer Entlastung der Reichsbahnen zu erörtern.

Das Ausland und der Markkurs.
London, 13. Nov. Ein Sonderberichterstatter des Observer berichtet aus Paris, der letzte Sturz der deutschen Mark habe endlich Frankreich die Wirtschaft vor Augen geführt. Ein finanzieller Zusammenbruch würde, wie die französischen Kreise jetzt einsehen, das Wiesbadener Abkommen gefährden. Leider sei nicht daran zu zweifeln, daß Frankreich außerordentlich erleichtert sein würde, wenn es sich einer Zahlungsmittelentwertung Deutschlands gegenüber gestellt sehe. Der Berichterstatter schreibt, es sei die große Pflicht der Washingtoner Konferenz oder irgend einer anderen Konferenz so schnell wie möglich die gesamten Fragen der Schuld der wirtschaftlichen Entwicklung zu erörtern.

Interessante Zahlen.
Paris, 10. Nov. In der Lanterne wird folgende Betrachtung über die Kosten der Rheinarmee angestellt, die mit 400 Millionen Franken in das Budget für 1922 eingelegt sind:
90.424 Offiziere und Soldaten hatten die Macht an Rhein, die zahlenmäßig folgendermaßen verteilt sind: 33 Generale, 610 Offiziere höheren Grades, 2822 Offiziere geringeren Grades, 7391 Unteroffiziere, 10.850 Korporale und Gefreite, 68.678 Soldaten, das heißt: für 86959 Mann sind nicht weniger als 3465 Offiziere nötig, ein Offizier für 25 Unteroffiziere, Korporale und Soldaten. Dieses Verhältnis erscheint bereits als übertrieben. Es wird aber zu einem Mißbrauch, wenn man die höheren Chargen allein betrachtet. 33 Generale für eine Befehlshaberarmee — 9 Divisionen, 21 Brigadegenerale, ein Generalintendant, ein Generalarzt, ein Militärinstand.

Die Sozialversicherung.
Berlin, 12. Nov. Die Besprechung mit den Arbeits- und Sozialministern der Länder, die am 11. November im Reichsversicherungsministerium begonnen hat, wurde am 12. November fortgesetzt. Eingehend erörtert wurde die Frage der Verbindung der Sozialversicherung mit der sozialen Fürsorge unter Hinweis auf den Stand der Angelegenheit in anderen Kulturländern. Sodann wurden Mitteilungen über eine Reihe sonstiger wichtiger Fragen aus dem Geschäftsbereich der Arbeits-

und Sozialministerien erstattet. Eine weitere Besprechung ist für Februar 1922 in Aussicht genommen.

Die Eisenbahner gegen die Entstaatlichung der Reichsbahnen.
Berlin, 10. Nov. Heute waren Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten und Arbeiter, sowie des Hauptbeamtenrats und Hauptbetriebsrats der Reichsbahnen zusammengetreten, um mit dem Verkehrsminister die Frage der Entstaatlichung einer Entlastung der Reichsbahnen zu erörtern.

Das Ausland und der Markkurs.
London, 13. Nov. Ein Sonderberichterstatter des Observer berichtet aus Paris, der letzte Sturz der deutschen Mark habe endlich Frankreich die Wirtschaft vor Augen geführt. Ein finanzieller Zusammenbruch würde, wie die französischen Kreise jetzt einsehen, das Wiesbadener Abkommen gefährden. Leider sei nicht daran zu zweifeln, daß Frankreich außerordentlich erleichtert sein würde, wenn es sich einer Zahlungsmittelentwertung Deutschlands gegenüber gestellt sehe. Der Berichterstatter schreibt, es sei die große Pflicht der Washingtoner Konferenz oder irgend einer anderen Konferenz so schnell wie möglich die gesamten Fragen der Schuld der wirtschaftlichen Entwicklung zu erörtern.

Interessante Zahlen.
Paris, 10. Nov. In der Lanterne wird folgende Betrachtung über die Kosten der Rheinarmee angestellt, die mit 400 Millionen Franken in das Budget für 1922 eingelegt sind:
90.424 Offiziere und Soldaten hatten die Macht an Rhein, die zahlenmäßig folgendermaßen verteilt sind: 33 Generale, 610 Offiziere höheren Grades, 2822 Offiziere geringeren Grades, 7391 Unteroffiziere, 10.850 Korporale und Gefreite, 68.678 Soldaten, das heißt: für 86959 Mann sind nicht weniger als 3465 Offiziere nötig, ein Offizier für 25 Unteroffiziere, Korporale und Soldaten. Dieses Verhältnis erscheint bereits als übertrieben. Es wird aber zu einem Mißbrauch, wenn man die höheren Chargen allein betrachtet. 33 Generale für eine Befehlshaberarmee — 9 Divisionen, 21 Brigadegenerale, ein Generalintendant, ein Generalarzt, ein Militärinstand.

Die Sozialversicherung.
Berlin, 12. Nov. Die Besprechung mit den Arbeits- und Sozialministern der Länder, die am 11. November im Reichsversicherungsministerium begonnen hat, wurde am 12. November fortgesetzt. Eingehend erörtert wurde die Frage der Verbindung der Sozialversicherung mit der sozialen Fürsorge unter Hinweis auf den Stand der Angelegenheit in anderen Kulturländern. Sodann wurden Mitteilungen über eine Reihe sonstiger wichtiger Fragen aus dem Geschäftsbereich der Arbeits-

und Sozialministerien erstattet. Eine weitere Besprechung ist für Februar 1922 in Aussicht genommen.

Die Heimat im Herzen.

Roman von Andreas Hofer und seine Zeit.

25) Von M. Wenne.
Eine Antike fuhr vor dem Wirtschaftshaus an, aus welcher ein Herr trat — Hoffknecht.
Die Wäpfe lagen sich in angeregter Unterredung. „Wenn man den Wäpfe nennt, da kommt er.“ Küstler der Wäpfe, welcher zuerst sprach. „Nun wird es gut sein, wenn wir ein anderes Gesprächsthema wählen, denn es könnte manchen Wäpfen fallen, das der Hoffknecht nicht hören darf. Er ist gleich mit Strafen und Einsperren bei der Hand.“

Der Wirt war beim Erkennen des neuen Gastes ins Freie geeilt. Ehrerbietig begrüßte er denselben und führte ihn durch die große Stube in ein Zimmer, das sich neben der ersten befand.
Der Hoffknecht hatte, nachlässig mit einer Leinwandspindel spielend, nur einen flüchtigen Blick auf die Wäpfe geworfen. Eine um so größere Aufmerksamkeit schenkte er der hübschen Kellnerin, deren Hand er ergrieff und die er in das ihm angewiesene Gemach zog.

Der Wirt mußte die Gäste nun eine Zeit lang selbst bedienen, denn Jenz blieb ziemlich lange aus. Endlich aber kam sie jedoch wieder und wechselte einige Worte mit dem Wirt. Dieser entfernte sich und führte nach einigen Minuten mit einer Flasche Wein wieder in die Stube zurück. Jenz hatte indessen Schinken, Eier und anderes auf Tellern dorthin gelegt und trug diese Erfrischung mit der Weinflasche in das Nebenzimmer hinein. Die Wäpfe hatten diese Vorgänge schweigend beobachtet. Nur da und dort küßte eine der beiden mit bedeutungslosem Lächeln eine Bemerkung ins Ohr.

Jenzes Aufmerksamkeit wurde durch die Ankunft neuer Gäste geweckt.
Der Jägermeister Agil Sorbet mit Ferdinand trat ein. Unter den Gästen entstand ein plötzliches Be-

wegung. Der Sprecher von vorher erhob sich, schritt auf Agil zu, legte die Hand auf den Mund und deutete nach der Nebenstube. „Wä!“ warnte er, „der Spezialkommissar ist da drinnen, und so gerne wir von Dir hören möchten, wie die Geschichte an der Zillerbrücke verlief, wo Du mitgegangen bist, müssen wir doch warten, bis er fort ist.“

Agil hatte für einen Moment die Farbe gewechselt. Dann aber redete sich sein Gesicht plötzliche und ein eigentümlicher Strahl brach aus seinen Augen hervor. „Hoffknecht!“ fragte er.
Der Mann nickte. „Dachte ich es doch fast.“ bemerkte der Jägermeister. „Die Antike im Hof kam mir bekannt vor.“

Er suchte sich einen Platz und fand ihn neben Ferdinand, der sich zu einigen jüngeren Leuten gesetzt hatte. Der Büsche hatte sich in unverständlicher Artregung gleich bei seinem Eintritt im ganzen Saale umgeschaut. Der Ausdruck einer flüchtigen Enttäuschung erschien auf seinem Gesicht. Dieser verdrängte sich noch, als er das Zwischengespräch zwischen dem Wirt und dem Vater vernahm. Einflüchtig und zerstreut sah er da, ohne das Gebrüll zu beachten, welches ihm von dem Wirtes freudig worden war. Was ihm, wie seine Unruhe mit jeder Sekunde wuchs.

Da ging die Nebenstüre auf und Jenz erschien. Sie trug die geleerte Flasche in der Hand. Mit Ferdinand ging bei ihrem Ausblicke eine plötzliche Veränderung vor. Er erlebte anfangs und dann schloß ihm das Wort ins Gesicht. Seine Augen glänzten und waren auf die schöne Gestalt des Wäpfers gerichtet, das ihn ebenfalls bemerkt hatte, auf deren Gesicht man sich aber deutlich eine große Verlegenheit abspiegeln sah. Sie winkte mit einem flüchtigen Blick und ging dann diesmal statt des Wirtes selbst in den Keller hinab.

In diesem Augenblicke wurde die Seitentüre wieder geöffnet, unter deren Rahmen Hoffknecht trat. Er schaute gleichgültig in die große Stube hinaus. Auf einmal belebte sich sein Miene-

spiel. Er winkte dem Wirt und sprach einige Worte mit ihm, dann zog er sich wieder zurück. Ersterer bezug sich an den Tisch, wo sich Agil befand, und teilte diesem mit, daß der Kommissar ihn zu sprechen verlangte.

Der Jägermeister erhob sich und folgte dem Rufe. Hoffknecht stand in der Mitte des nicht großen Gemaches. Er maß den einbreitenden Jägermeister mit einem forschenden Blick.

„Es ist mir anzusehen, Dich zu treffen.“ begann er. „Vor ein paar Stunden erfuhr ich die schlimme Geschichte, welche in Tannenberg und an der Zillerbrücke passiert ist, sowie daß Du mit Deinen Leuten an der Befreiung der Mäpfe teilnahmst. Erstatte mir nun meinen Bericht.“

Agil erzählte, von seiner Sendung aber sprach er kein Wort.

„Und wie soll der eigentliche Urheber sein?“ forschte Hoffknecht weiter. „Hat man keinen Verdacht?“

Der Jägermeister räusperte sich. „Es ist erwiesen“, erklärte er, „daß das Kommando vom Hofmeister Schleicher und der Hofe Salome Gersel ausging, die man, wie die Wäpfe von Tannenberg erwarteten, nach Gersel für ihren Frevel bestrafen wird. Ein anderer Name wurde bis jetzt von niemanden genannt.“

Hoffknecht lachte. „Nun ja,“ warf er leicht hin, „wir wollen ja sehen, aber am Ende war die ganze Sache doch nur ein schlechter Spaß und ihr dümmt froh sein, wenn Euch nicht dafür, daß ihr den Dragonern so übel mitgespielt, kein Krug mehr nimmt.“

„Es wird deshalb Euer eigener Vorteil sein, wenn ihr von der Sache möglichst wenig Aufhebens macht. Ist Fräulein Salome im Schloß?“

„Hast Du auch schon von dem Gerüchte gehört“, fuhr er dann fort, „daß von den einflussreichen Bayern natürlich geklärt wird und auf nichts Geringeres hingiet, als eine Kriegserklärung Österreichs an Napoleon und den Einmarsch einer kaiserlichen Armee in Tirol. Da, ha, ha.“

Agil's Lippen hatten bei den letzten Worten des Kommissars merklich bebzt. Er preßte jedoch die Zähne darauf und wählte sich so zu beherrschen, daß auch nicht eine Linie seines Gesichtes betäubte, was in seinem Innern vorging.

„Ich habe davon gehört“, erklärte er trocken, „doch...“

„Du glaubst natürlich auch nicht daran“, fiel ihm Hoffknecht ins Wort, „denn Du bist ein geübter Wäpfe, der die Verhältnisse kennt. Vorerst lege ich der Sache nicht den geringsten Wert bei. Sollten sich jedoch die Köpfe der Bayern da und dort durch das dumme Geschwätz erhitzen lassen, dann wird man ihnen zeigen, wer Herr im Lande ist. Holte mich auf dem Laufenden, und ich will dann dafür sorgen, daß Dir und Deinen Leuten aus der Sache mit den Dragonern nichts Schlimmes erwächst.“

Agil war entlassen. Er kehrte in die Wirtschaft zurück.

Hier hatte sich indessen zwischen Ferdinand und Jenz ein kleines Zwischengespräch abgespielt, der von den Gästen vielleicht kaum beachtet, durch welchen aber der junge Mann vollends in die peinliche Stimmung verlegt worden war.

(Fortsetzung folgt.)

Zureichender Grund. „Nun,“ fuhr er mit, „stehe ein Versicherungsagent, nachdem er alles bei seinem Klienten versucht hatte, mit der Frage heraus, was für vernünftigen Grund Sie gegen eine Lebensversicherung anführen können.“

„Gut, ich will es Ihnen sagen: der Gedanke ist mir peinlich, daß ich nach dem Tode mehr wert sein soll als lebendig.“

